

Becker, Gary Stanley: US-amerikanischer Ökonom (1930 – 2014), er erhielt 1992 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften „für seine Ausdehnung der mikroökonomischen Theorie auf einen weiten Bereich menschlichen Verhaltens und menschlicher Zusammenarbeit“. Becker war einer der ersten, der sich auch mit Themen wie (Rassen-) Diskriminierung, Kriminalität oder Drogenabhängigkeit aus Sicht der Ökonomie beschäftigte. (Seite 36)

BIFIE: 2008 ausgegliedertes Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens; Hauptstandorte sind Wien und Salzburg. Zu den Kernaufgaben zählen unter anderem die Vermittlung zwischen Schulverwaltung, Forschung und schulischer Praxis sowie die Umsetzung zentraler Projekte des Ministeriums und somit derzeit noch die Erstellung und Durchführung der Zentralmatura. Denn die dafür zuständige Abteilung des BIFIE wird ins Bildungsministerium übersiedeln. Außerdem soll es ab 2017 kein Doppel-Direktorium mehr geben. (Seite 31)

Bilingual Schools: Schulen mit fremdsprachigem Unterricht in verschiedenen Fächern wie etwa Biologie, Geografie, Geschichte oder Musik. (Seite 29)

Bismarck, Otto von: deutscher Politiker und Fürst (1815 – 1898), 1862 – 1890 Ministerpräsident von Preußen, 1867 – 1890 Bundes- bzw. Reichskanzler. Der aus altem Adelsgeschlecht stammende Jurist wurde von König Wilhelm I. unterstützt, aber besonders anfangs sogar von vielen Konservativen als zu reaktionär abgelehnt. Ein wichtiges Leitprinzip für Bismarck war, die Macht und Privilegien des landbesitzenden Adels zu erhalten. Um die Stellung Deutschlands (und seine eigene) nicht zu gefährden, traf er unter anderem in der Außenpolitik während seiner Amtszeit immer wieder auch sehr pragmatische Entscheidungen. Als epochal gilt die Einführung der Sozialversicherung während seiner Amtszeit. (Seite 32)

Déjà-vu-Erlebnis (französisch; sprich: descha wü): schon gesehen; Erinnerungstäuschung, bei der man den Eindruck hat, eine Situation schon einmal erlebt zu haben. (Seite 28)

Delinquenz: Straffälligkeit (Seite 10)

Empowerment: Ermächtigung; Strategien und Maßnahmen, die Autonomie und Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften ermöglichen bzw. verbessern sollen. (Seite 38)

Entwicklungsrat für die PädagogInnenbildung NEU: Gremium mit je zwei Mitgliedern aus dem Bildungs- und dem Wissenschaftsministerium, das auf Basis der Empfehlungen der Vorbereitungsgruppe die Reformen zur Ausbildung von Österreichs PädagogInnen erarbeitet hat. (Seite 8)

Europäische BürgerInnen-Initiative: Wenn innerhalb von zwölf Monaten in einem Viertel aller EU-Staaten eine Million Unterstützungsbelegungen

zu einem bestimmten Anliegen gesammelt werden, dann muss sich die Europäische Kommission mit diesem Thema befassen. Sie ist allerdings nicht verpflichtet, dann tatsächlich eine entsprechende Gesetzesinitiative einzuleiten. Seit der Einführung dieses Instruments der politischen Teilhabe 2012 gab es zahlreiche BürgerInnen-Initiativen, die gescheitert sind oder abgebrochen wurden. (Seite 7)

Heterogenität: Vielfalt, Verschiedenartigkeit (Seite 39)

Juncker-Investitionsplan: 2014 präsentierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Europaparlament den Investitionsplan für Europa, mit dem eine Million Jobs entstehen sollen und das Wachstum bis 2017 um bis zu ein Prozent zusätzlich gepusht werden soll. Kosten: Rund 315 Milliarden Euro, hauptsächlich für wesentliche Infrastrukturprojekte in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr. (Seite 6)

Maria Theresia: österreichische Regentin (1717 – 1780), Tochter von Karl VI., der durch die Pragmatische Sanktion Thronfolgerinnen ermöglichte; ab 1740 Erzherzogin von Österreich und Königin von Böhmen und Ungarn. Allerdings musste sie ihr Recht erst mit Waffengewalt durchsetzen. Ihr Ehemann Franz Stephan von Lothringen wurde 1745 zum Kaiser gekrönt. Maria Theresia regelte den Schulbetrieb durch Einführung der generellen Unterrichtspflicht. Die ab 1750 hauptsächlich unter der Leitung von Gerard van Swieten durchgeführte Theresianische Schulreform verfolgte in erster Linie den Zweck, Beamte für den Verwaltungsapparat des Staates auszubilden. Dafür sollte das Unterrichtswesen aus der Kontrolle kirchlicher Institutionen in die Oberhoheit des Staates überführt werden. Auf dem Land wurden einklassige Volksschulen für die Sechs- bis Zwölfjährigen eingerichtet. Allerdings blieb die Zahl der Analphabeten noch lange relativ hoch. Auch das höhere Schulwesen wurde reformiert und die Hochschulen gingen in den staatlichen Verantwortungsbereich über. Zusätzlich wurden weitere spezielle Schulen und Akademien für bestimmte Berufszweige gegründet. Maria Theresias Sohn und Nachfolger Joseph II., seit 1765 Mitregent, führte auch nach ihrem Tod weitere wichtige Reformen durch. (Seite 32)

Monitoringausschuss: Unabhängiger Ausschuss, der die Einhaltung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen durch die öffentliche Verwaltung für den Bereich der Bundeskompetenz überwacht. Der Ausschuss kann im Einzelfall Stellungnahmen von Organen der Verwaltung einholen, gibt Empfehlungen und Stellungnahmen in Zusammenhang mit Angelegenheiten der UN-Konvention ab und berichtet dem Bundesbehindertenbeirat regelmäßig über seine Beratungen. (Seite 22)

Nationaler Bildungsbericht: erscheint seit 2009 im Drei-Jahres-Rhythmus in enger Kooperation zwi-

schen dem BIFIE und WissenschaftlerInnen an österreichischen Forschungsinstituten. Im Nationalen Bildungsbericht werden Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse über das Bildungswesen aufbereitet, die dann für Politik und Verwaltung als Steuerungswissen dienen sollen. Der Nationale Bildungsbericht 2015 erscheint Anfang 2016. (Seite 9)

Plagiat: Diebstahl geistigen Eigentums; durch unrechtmäßiges Nachahmen entstandenes künstlerisches oder wissenschaftliches Werk. (Seite 30)

Sekundarstufe: Die Sekundarstufe I umfasst die Schulstufen 5 bis 8, die Sekundarstufe II umfasst alle Bildungseinrichtungen ab der 9. Schulstufe bis zur Reifeprüfung. (Seite 29)

Wilhelm II.: deutscher Regent (1859 – 1941), von 1888 bis 1918 letzter deutscher Kaiser. Wegen der Reformpläne von Wilhelm (Verbot von Sonntagsarbeit, von Nacharbeit für Frauen und Kinder etc.), der als „König der Armen“ die Schwächung der Sozialisten erreichen wollte, kam es rasch zu Konflikten mit Bismarck. Der Kaiser, der zu spät die für eine konstitutionelle Monarchie nötigen Reformen akzeptieren wollte, floh Ende 1918 in die Niederlande, wo er den Rest seines Lebens verbrachte. (Seite 32)

WorldSkills: 1950 ausgehend von Spanien entstandener internationaler Berufswettbewerb, der alle zwei Jahre ausgetragen wird, zuletzt 2015 in São Paulo, Brasilien. Jugendliche (bis zum Alter von 22) aus aller Welt können dort ihr fachliches Können in ca. 45 Wettbewerbsdisziplinen unter Beweis stellen. Träger der Berufsweltmeisterschaften ist die gemeinnützige internationale Organisation WorldSkills International mit Sitz des Generalsekretariates in den Niederlanden. Für die Teilnahme des österreichischen Teams an den WorldSkills und an EuroSkills ist Skills Austria als nationales Sekretariat innerhalb der Wirtschaftskammer verantwortlich. (Seite 26)

Zukunftskommission für das Österreichische Schulwesen: 2003 vom Bildungsministerium eingerichtete Kommission aus fünf ExpertInnen, die ein innovatives Schul-Reformprogramm sowie entsprechende konkrete Umsetzungsmaßnahmen ausarbeitete. Der Abschlussbericht wurde Ministerin Gehringer im April 2005 überreicht. Einige der Empfehlungen wurden umgesetzt, so etwa die Einführung von Bildungsstandards inklusive Zentralmatura. (Seite 8)

Chicago School of Economics (Chicagoer Schule): Im Laufe des 20. Jahrhunderts erhielten auffallend viele Ökonomen, die an der Universität Chicago lehrten (Friedrich von Hayek, Milton Friedman, Gary Becker etc.) den Nobelpreis. Ihre Lehren sind gekennzeichnet durch die neoklassische Preistheorie und den strikten Glauben an den freien Markt. Der Beginn der frühen Chicagoer Schule wird im Jahr 1892 angesetzt, jüngster Vertreter ist der 1939 geborene Jurist Richard Posner, der sich vor allem mit der ökonomischen Analyse des Rechts befasst. (Seite 36)